

Niederschrift

über die 15. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, 21.03.2023, um 20:00 Uhr in der Stadthalle Linden

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Fabian Wedemann

Stadtverordnete/r

Herr Thomas Altenheimer
Herr Jürgen Arnold
Herr Marc Bausch
Frau Ellen Buchborn-Klos
Herr Ralf Burckart
Herr Axel Globuschütz
Herr Dirk Hansmann
Herr Volker Heine
Herr Wolfgang Hoth
Frau Dr. Barbara Ibe
Herr Nicolas Kuboschek
Frau Gudrun Lang
Herr Dr. Ulrich Lenz
Herr Manfred Leun
Herr Hendrik Lodde
Frau Dr. med. Cornelia Marck
Frau Antje Markgraf
Herr Burkhard Nöh
Herr Dennis Orend
Herr Joachim Schaffer
Herr Christian Schmidt
Herr Dr. Christof Schütz
Frau Karla Sell
Herr Matthias Spangenberg
Herr MERIC Uludag
Herr Eberhard Von der Decken
Frau Katrin von der Decken
Herr Lothar Weigel
Herr Dipl. Ing. Ulrich Weiß
Herr Dr. Heinz-Lothar Worm

Erster Stadtrat

Herr Harald Liebermann

Magistrat

Frau Petra Braun
Herr Dennis Bastian Dern
Herr Wolfgang Gath
Herr Uwe Markgraf
Herr Gerhard Trinklein
Herr Michael Wolter

Ausländerbeiratsvorsitzender

Herr Abraham Abrahamian

von der Verwaltung

Frau Monika Schäfer

Protokollführerin

Frau Anne Meerstein

Abwesend:

Stadtverordnete/r

Herr Frank Hille
Frau Karin Lenz
Herr Friedel Löser
Frau Julia Mergenthaler
Frau Franziska Schaffer-Gawenda
Herr Dirk Schimmel

Magistrat

Herr Tim-Ole Steinberg

Seniorenbeirat

Herr Bernd Wagner

Frauenbeauftragte der Stadt Linden

Frau Mahkameh Farahpour-Haghani

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Beschlussfassung über Einwendungen gemäß § 29 Abs. 4 Satz 4 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung/Feststellung des Protokolls
- 3 Vergabe des Ehrenamtspreises 2022
- 4 Feierliche Verleihung der Ehrenbezeichnung "Ehrenstadtverordneter" für Herrn Hendrik Lodde, Herrn Burkhard Nöh & Herrn Matthias Spangenberg
- 5 Bericht des Magistrats

Weitere Kenntnisnahmen

- 6 Bericht des Verbandsvertreters aus der Verbandsversammlung des Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke (ZMW)

Beschlüsse

- 7 Antrag gem. § 12 GO DIE LINKE v. 17.01.2023 - "Linden Card" - Freizeit-, Kultur-, Sport- und Bildungsangebote zum Sozialtarif - FA/0074/21-26
Vorlage: FA/0074/21-26
- 7.1 Änderungsantrag zum Antrag DIE LINKE v. 17.01.2023 - "Linden Card": Freizeit-, Kultur-, Sport-, und Bildungsangebote zum Sozialtarif - FA/0075/21-26
Vorlage: FA/0075/21-26
- 8 Antrag gem. § 12 GO Bündnis 90/Die Grünen v. 16.01.2023 - IKZ-Projekte Fördermittellotse - FA/0073/21-26
Vorlage: FA/0073/21-26
- 8.1 Interkommunale Zusammenarbeit: Projekt „Fördermittellotse“
Vorlage: /0062/21-26

- 9** Antrag gem. § 12 GO FDP Linden v. 06.06.2022 -Linden digital: Livestream von öffentlichen Sitzungen der Stadtverordneten-sitzung (Ausschüsse, Versammlung) FA 0063/21-26
Vorlage: FA/0063/21-26
- 9.1** Änderungsantrag zum Antrag der FDP v. 06.06.2022 - Linden digital: Audiostream von öffentlichen Sitzungen der Stadtverordneten-sitzung (Ausschüsse, Versammlung) FA/0070/21-26
Vorlage: FA/0070/21-26
- 10** Antrag gem. § 12 GO Bündnis 90/Die Grünen v. 16.01.2023- Beteiligung Windkraft-Anlage, Aufhebung Sperrvermerk - FA/0072/21-26
Vorlage: FA/0072/21-26
- 11** Schadensersatzansprüche gegen Ex-Bürgermeister König - hier: Beschluss über das weitere Vorgehen
- 12** Antrag gem. § 12 GO DIE LINKE v. 21.02.2023 - Einwohnerfrage-stunde - Transparenz steigern, Einwohnerbeteiligung stärken
FA/0076/21-26
Vorlage: FA/0076/21-26
- 13** Antrag gem. § 12 GO CDU-Linden v. 08.03.2023 - Pakt für mehr E-Ladesäulen in Linden FA/0077/21-26
Vorlage: FA/0077/21-26

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und die Sitzung somit beschlussfähig ist. Er erfragt, ob es Änderungen zur Tagesordnung gibt.

Erster Stadtrat Herr Liebermann beantragt einen Dringlichkeitsantrag bzgl. der Änderung der Gebührenordnung für das Freibad mit der Magistratsvorlage /0067/21-26. Soeben hat er allerdings mitbekommen, dass die Fraktionsvorsitzenden keine Dringlichkeit sehen. Daher besteht er nicht darauf, dass der Antrag eingebracht wird. Jedoch erläutert er kurz die Hintergründe des Antrags. Gebühren wurden seit den letzten zehn Jahren nicht angehoben. Am 19.05.2023 wird die neue Saison im Freibad geöffnet. Die Im Ältestenrat wurde eine Sondersitzung für die Einführung des neuen Bürgermeisters am 02.05.2023 vereinbart. Zu dieser Sitzung hätte es die Möglichkeit gegeben den Antrag noch vor der Öffnung des Freibades einzubringen. Somit erfolgt die Einbringung erst zur regulären, nächsten Stadtverordnetenversammlung am 23.05.2023. Dies muss der neue Bürgermeister entsprechend entscheiden. Somit zieht er den Antrag zurück.

Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann verliest die vergangenen Geburtstage.

Zu TOP 2 Beschlussfassung über Einwendungen gemäß § 29 Abs. 4 Satz 4 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung/Feststellung des Protokolls

Zum Protokoll der letzten Stadtverordnetenversammlung liegen Einwendung vor. Das Protokoll in geänderter Fassung ist den Sitzungsunterlagen zu entnehmen.

Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann stellt die eingestellte Endfassung der Niederschrift Version 3 zur Abstimmung. Änderungen sind kenntlich gemacht wurden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen
CDU - 10
SPD - 6
Grüne - 8
Freie Wähler - 3
FDP - 2
AfD - 1
Linke -1

Nein-Stimmen
Keine.

Enthaltungen
Keine.

Es ergeht einstimmige Annahme.

Zu TOP 3 Vergabe des Ehrenamtspreises 2022

Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann erklärt, dass das Vergabegremium entschieden hat, den Ehrenamtspreis an die Personen Frau Reinhild Schmidt und Herrn Ralf Linke aufzuteilen und zu verleihen. Hierzu bittet er Frau Reinhild Schmidt und Herrn Linke nach vorn und überreicht symbolisch den Scheck und einen Strauß Blumen.

Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann teilt zu Reinhild Schmidt mit, dass sie bereits seit vielen Jahren in der Betreuung von Flüchtlingen aktiv ist. Sie gibt ehrenamtlich Sprachkurse für Spätaussiedler aus Russland, Pflegekräfte aus Polen und mit Beginn der Flüchtlingskrise 2015 auch für Geflüchtete. Sie stellt privaten Wohnraum zur Verfügung und hilft außerdem bei der Suche von Wohnungen.

Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann teilt zu Ralf Linke mit, dass er 1979 als Jugendlicher zur Jugendfeuerwehr Leihgestern gekommen ist und seither nicht mehr wegzudenken ist. Seit 1982 ist er in die Einsatzabteilung der Feuerwehr gewechselt. Ralf Linke ist immer für jeden ansprechbar, er hat eine Hilfsbereitschaft in großem Ausmaß. Er wurde 2016 zum Abschied als Betreuer in der Jugendarbeit auch als erstes Feuerwehrmitglied in Linden mit der Florian-Medaille der Hessischen Jugendfeuerwehr in Gold ausgezeichnet.

Frau Reinhild Schmidt und Herr Ralf Linke bedanken sich herzlich für den Preis.

Zu TOP 4 Feierliche Verleihung der Ehrenbezeichnung "Ehrenstadtverordneter" für Herrn Hendrik Lodde, Herrn Burkhard Nöh & Herrn Matthias Spangenberg

Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann verleiht den Herren Stadtverordneten Hendrik Lodde, Burkhard Nöh und Matthias Spangenberg für die seit 20 Jahren ehrenamtliche Tätigkeit, die Ehrenbezeichnung „Ehrenstadtverordneter“ und überreicht jedem eine Urkunde sowie einen Blumenstrauß.

Zu TOP 5 Bericht des Magistrats

Erster Stadtrat Herr Liebermann berichtet aus dem Magistrat:

1. Volkshalle
Im ersten Schritt wurde der Schaden auf der Südseite begutachtet. Nun wurde auch die Nordseite punktuell untersucht. Hierbei wurde keinerlei Nässe oder Feuchtigkeit festgestellt. Damit zukünftig wieder eine PV-Anlage auf dem Dach installiert werden kann, muss noch eine aktuelle Statik-Prüfung erfolgen. Der Auftrag hierfür ist erteilt. Sobald der erledigt ist, wird zeitnah die Umsetzung der Schadensbehebung erfolgen.
2. Spielfplatz NBW - Grundstücksankäufe
Die Verträge zum Ankauf von drei Grundstücken sind mit den Verkäufern abgestimmt und der Beurkundungstermin ist für diese Woche mit dem Notar vereinbart. Der Flächennutzungsplan wird danach angepasst.
3. Neugestaltung Parkplatz an der Wiesengrundschule
Im Nachgang an das Gespräch mit der Schule und den Eltern sind nochmals Gespräche mit dem Planungsbüro gelaufen. Die Änderungen, die sich hierbei ergeben haben, werden vom Planungsbüro eingearbeitet. Der finale Plan wird zu entsprechender Zeit dem Parlament vorgestellt.
4. Anbau von fünf Klassenzimmern an der Wiesengrundschule
Hierfür muss der LKGI die Stellplätze schaffen. Gemäß Stellplatzsatzung der Stadt Linden müssen insgesamt 14 zusätzliche Stellplätze geschaffen werden. Der LKGI hat angedacht, dies im nördlichen Bereich, in Richtung Hahnstrauch anzulegen. Dies gestaltet sich allerdings durch die Geländestruktur schwierig, da hierfür Bäume gerodet werden müssten und der Gehweg zum Hahnstrauch überbrückt werden müsste. Es ist keine ideale Lösung. Im Gespräch mit dem LKGI hat sich ergeben, dass im Zuge des Umbaus vor der Wiesengrundschule, neue Parkplätze geschaffen werden können. Diese 14 zusätzlichen Stellplätze werden dann vom LKGI abgegolten.
5. Seniorenbeiratswahl 2023
Es ist eine Anfrage bei dem HSGB erfolgt. Da es sich um eine unmittelbare Wahl handelt, muss die Stadtverordnetenversammlung den Wahltermin festlegen. Die entsprechende Vorlage, wird in der Stadtverordnetenversammlung am 23.05.2023 vorgelegt, um den Termin zu beschließen.

6. Stichwahl am 02.04.2023

Im ersten Wahlgang gab es über 2000 Briefwähler. Gestern und heute konnten bereits 1150 Wahlbriefe verschickt werden. Bis Donnerstag werden die restlichen 1000 Wahlscheine verschickt, sodass alle Briefwähler bedient werden können.

7. Neubesetzung des Gemeindevahlleiter

Durch das Ausscheiden der beiden derzeitigen Wahlleiter, Herrn Tim Schneider als Gemeindevahlleiter und Herrn Daniel Weber als stellvertretender Gemeindevahlleiter zum 31.03.2023, hat der Magistrat am 16.03.2023 beschlossen, beide von dem Amt abzurufen. Der Magistrat hat beschlossen zum 01.04.2023 als Gemeindevahlleiter Herrn Harald Liebermann und als stellvertretender Gemeindevahlleiter Herrn Carsten Rummer neu zu berufen.

8. Stellennachbesetzung Jugendpfleger

Hingegen der Aussage im JSSK-Ausschuss, gibt es derzeit doch noch keine Nachbesetzung für die Stelle der Jugendpflege. Die Bewerberin hat mittlerweile abgesagt. Heute wurden 3 weitere Vorstellungsgespräche geführt, wovon 2 Bewerber sehr geeignet sind. Einer der Bewerber ist allerdings erst zum 01.02.2024 verfügbar. Sobald hierzu eine finale Entscheidung getroffen wurde, wird dies im JSSK-Ausschuss berichtet. In allen Gesprächen kam die Frage nach einem Team der Jugendpfleger auf, woraufhin den Bewerbern mitgeteilt werden musste, dass die Arbeit der Jugendpflege aus einer Person besteht. Im nächsten Stellenplan soll eine zweite Vollzeitstelle eingeplant werden. Derzeit wird versucht, eine Bewerberin, aus den ersten Vorstellungsgesprächen, für 20 Wochenstunden befristet neben der ausgeschriebene Vollzeitstelle einzustellen, gerade auch im Hinblick auf die Ferienspiele.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Herrn Heine erklärt erster Stadtrat Herr Liebermann zum Thema des Spielplatzes Nördlich-Breiter-Weg, dass die neu zu erschließenden Grundstücke direkt aneinandergeschlossen sind und es sich insgesamt um 4 zusammenhängende Grundstücke handelt.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Herrn Uludag erklärt erster Stadtrat Herr Liebermann zum Thema der Sitzung des Gesamtelternbeirat, dass dies nicht in Vergessenheit geraten ist. Vor 14 Tagen hätte er bereits gern ein Termin genannt. Aktuell fehlt ihm aufgrund von Krankheitsfällen der Input zum Thema Gesamtelternbeirat. Aktuell müssen viele Baustellen bearbeitet werden und daher muss das ein- oder andere Thema etwas geschoben werden.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten Frau Dr. Ibe erklärt erster Stadtrat Herr Liebermann zum Thema neue Parkplätze an der Wiesengrundschole, dass die Pläne vorsehen, zwischen 70 und 100 Parkplätze neu einzurichten. Dabei ist es möglich, dass die Parkplätze auf ein Stück der Wiese des Festplatzes eingerichtet werden. Dafür wird allerdings der finale Plan benötigt, um eine Aussage treffen zu können. Sobald dieser vorliegt, wird dies dem Parlament weitergeleitet.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Herrn Dr. Schütz erklärt erster Stadtrat Herr Liebermann zum Thema Grundstück von Dietmar Haß, dass Herr Haß mitgeteilt wird, dass die Stadt das Grundstück nicht mehr benötigt.

Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann erfragt, ob Anfragen nach 16 a aus aktuellem Anlass vorliegen. Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

Weitere Kenntnisnahmen

Zu TOP 6 Bericht des Verbandsvertreters aus der Verbandsversammlung des Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke (ZMW)

Stadtverordneter Herr Dr. Schütz berichtet von der Verbandsvollversammlung aus November des ZMW:

Die wirtschaftliche Situation des ZMW stellt sich positiv dar. Im Jahr 2021 wurde ein Überschuss von 479.000 Euro erwirtschaftet und es stelle sich eine Wassererzeugung von über 22 Millionen cbm dar. Problematisch ist die wirtschaftliche Situation im Hinblick auf die Eigenkapitalquote, die kontinuierlich

sinkt, was damit zusammenhängt, dass der ZMW keine Gewinne erzielen darf und deswegen alle Investition über Darlehen finanzieren muss. Angesichts der anstehenden Erhöhung von Zinsen führt dies zu einer Summe von 17,2 Mio. Euro aus diesem und dem letzten Jahr. Hierbei geht es um Übergänge, die aufgrund des Ukrainekriegs nicht erledigt werden konnten. Da den Darlehen keine Investitionen gegenüberstehen, senkt dies die Eigenkapitalquote auf 32,1. Das Thema Energiekosten wird derzeit ruhig angegangen, da ZMW langfristige Verträge mit den Energielieferanten abgeschlossen hat, die noch bis 2024 gelten. Danach wird sich in Folge der steigenden Energiekosten auch etwas an den Wasserpreisen ändern. Für die Stadt Linden wird die Bereitstellung der Tagesabgabemenge von 112,00 Euro auf 118,00 Euro erhöht. Wenn die Stadt über 70 % der tatsächlich bezogenen cbm Tagesabgabemenge liegt, erhöht sich demzufolge der Preis von 0,56 Euro auf 0,89 Euro.

Zur Betriebssituation teilt er mit, dass der ZMW vom RP eine zusätzliche Fördermenge von 1,441 Mio. cbm pro Jahr zugesagt bekommen hat. Gegen diesen Bescheid wurde allerdings Klage eingereicht. Derzeit ist das Urteil noch offen. Aufgrund der erhöhten Fördermenge von über 20 Mio. cbm, könnte es tatsächlich schwierig werden, da der ZMW zur kritischen Infrastruktur per Definition geworden ist, was wiederum bedeutet, mehr Personal, mehr Digitalisierung, mehr Kosten.

Zu dem Thema der Bauarbeiten an der A49 ist mitzuteilen, dass sich durch die Bauarbeiten keine Ausströmungen von Schadstoffen gezeigt haben. Die Arbeiten sind abgeschlossen. Das Grundwasser ist auf einem niedrigen Niveau unverändert. Allerdings ist hierbei anzumerken, dass sich das Jahr 2022 als ein feuchtes Jahr herausstellte. Die vorherigen Jahre waren sehr trocken. Eine Veränderung wird sich demzufolge erst in den nächsten Jahren abzeichnen.

Beschlüsse

**Zu TOP 7 Antrag gem. § 12 GO DIE LINKE v. 17.01.2023 - "Linden Card" - Freizeit-, Kultur-, Sport- und Bildungsangebote zum Sozialtarif - FA/0074/21-26
Vorlage: FA/0074/21-26**

**Zu TOP 7.1 Änderungsantrag zum Antrag DIE LINKE v. 17.01.2023 - "Linden Card": Freizeit-, Kultur-, Sport-, und Bildungsangebote zum Sozialtarif - FA/0075/21-26
Vorlage: FA/0075/21-26**

JSSK-Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg teilt mit, dass beide Tagesordnungspunkte verbunden behandelt wurden und die Entscheidung getroffen wurde, eine Arbeitsgruppe (AG) zu gründen. Für die Arbeitsgruppe haben sich die Herren Stadtverordnete Uludag, Altenheimer und Spangenberg gemeldet. Weitere Personen haben sich nicht gemeldet. Stadtverordneter Herr Dr. Schütz schlägt vor, es in der Größenordnung zu belassen und die Arbeitsgruppe mit den genannten Herren zu gründen.

Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann teilt mit, dass der Antrag im Geschäftsgang bleibt und von der AG, bestehend aus den Herren Stadtverordnete Uludag, Altenheimer und Spangenberg, bearbeitet wird.

**Zu TOP 8 Antrag gem. § 12 GO Bündnis 90/Die Grünen v. 16.01.2023 - IKZ-Projekte Fördermittellotse - FA/0073/21-26
Vorlage: FA/0073/21-26**

HFA-Ausschussvorsitzender Herr Globuschütz teilt mit, dass im HFA-Ausschuss der Antrag und die Magistratsvorlage besprochen wurden. Für die Magistratsvorlage ist eine einstimmige Beschlussempfehlung erfolgt.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten Frau Dr. Marck erklärt erster Stadtrat Herr Liebermann, dass beim LKGI noch keine feste Aussage getroffen wurde, wie viele Kommunen sich an dem Projekt beteiligen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass alle Kommunen sich anschließen und damit die Beträge so bleiben, wie es ausgerechnet wurde.

Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann lässt die Magistratsvorlage 0062/21-26 im TOP 8.1 abstimmen.

Zu TOP Interkommunale Zusammenarbeit: Projekt „Fördermittellotse“

8.1 Vorlage: /0062/21-26

Beschlusstext:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Teilnahme der Stadt Linden am IKZ-Projekt „Fördermittellotse“.
2. Zur Umsetzung des Projektes wird der Magistrat beauftragt, mit dem Landkreis Gießen sowie den sonstigen teilnehmenden Kommunen eine entsprechende öffentlich-rechtliche Vereinbarung auf der Grundlage des als Anlage beigefügten Entwurfes abzuschließen. Der Kostenanteil der Stadt Linden beträgt voraussichtlich etwa 2.326,67 € jährlich, sofern alle Kommunen im Landkreis Gießen an der IKZ teilnehmen
3. Haushaltsmittel stehen unter dem Produkt 11105- unter dem Gliederungspunkt 13- Sach- und Dienstleistungen im Produkthaushalt 2022/2023 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen

CDU - 10

SPD - 6

Grüne - 8

Freie Wähler - 3

FDP - 2

AfD - 1

Linke - 1

Nein-Stimmen

Keine.

Enthaltungen

Keine.

Es ergeht einstimmige Annahme.

**Zu TOP 9 Antrag gem. § 12 GO FDP Linden v. 06.06.2022 -Linden digital: Livestream von öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetensitzung (Ausschüsse, Versammlung) FA 0063/21-26
Vorlage: FA/0063/21-26**

**Zu TOP 9.1 Änderungsantrag zum Antrag der FDP v. 06.06.2022 - Linden digital: Audiostream von öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetensitzung (Ausschüsse, Versammlung) FA/0070/21-26
Vorlage: FA/0070/21-26**

HFA-Ausschussvorsitzender Herr Globuschütz teilt mit, dass beide Anträge im HFA-Ausschuss unter Anwesenheit des Stadtverordnetenvorsteher Herrn Kühn und Herrn Kempf aus Laubach beraten wurden. Bei der Übertragung des Audiostreams gibt es die Möglichkeit Wortbeiträge stumm zu schalten. Außerdem findet keine dauerhafte Speicherung statt. Im Ausschuss wurde der Antrag in Zustimmung mit der antragsstellenden Fraktion wie folgt umformuliert:

Beschlussempfehlung aus dem HFA-Ausschuss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, zunächst die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung über das Internet in Form eines Audio-Live-Streams ohne Speicherung für spätere Aufrufe zu übertragen.

Der Magistrat wird beauftragt, ein geeignetes Verfahren auszuwählen, dass insbesondere die Möglichkeit bietet, Wortbeiträge auf Wunsch Einzelner nicht zu übertragen und bei dem die Übertragungen nicht für spätere Aufrufe gespeichert werden.

Der Antrag hat in geänderter Fassung im HFA-Ausschuss eine mehrheitliche Beschlussempfehlung erhalten.

Es entsteht eine Diskussion der Fraktionen Freie Wähler, CDU, SPD, die LINKE, AfD und Grünen.

Stadtverordneter Herr Nöh regt an, den Beschlusstext zu Erweitern und einzufügen, dass der Audio-stream für ein Jahr befristet erfolgen wird und im Nachgang eine Evaluation erfolgt. Stadtverordneter Herr Weigel stimmt diesem Vorgehen zu.

Neu gefasster Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, zunächst die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung über das Internet in Form eines Audio-Live-Streams ohne Speicherung für spätere Aufrufe zu übertragen.

Der Magistrat wird beauftragt, ein geeignetes Verfahren auszuwählen, dass insbesondere die Möglichkeit bietet, Wortbeiträge auf Wunsch Einzelner nicht zu übertragen und bei dem die Übertragungen nicht für spätere Aufrufe gespeichert werden.

Die Maßnahme wird nach einem Jahr evaluiert und im Ausschuss nochmals vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen

CDU - 6

SPD - 6

Grüne - 8

Freie Wähler - 1

FDP - 2

AfD - 1

Linke - 1

Nein-Stimmen

CDU - 1

Freie Wähler - 2

Enthaltungen

CDU - 3

Es ergeht mehrheitliche Annahme.

**Zu TOP 10 Antrag gem. § 12 GO Bündnis 90/Die Grünen v. 16.01.2023- Beteiligung Windkraft-Anlage, Aufhebung Sperrvermerk - FA/0072/21-26
Vorlage: FA/0072/21-26**

Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann teilt aus dem HFA-Ausschuss mit, dass der Antrag im Geschäftsgang verbleibt und für die nächste Stadtverordnetenversammlung mit aufgenommen wird.

Zu TOP 11 Schadensersatzansprüche gegen Ex-Bürgermeister König - hier: Beschluss über das weitere Vorgehen

Stadtverordneter Herr Schaffer teilt mit, dass aktuell zu entscheiden ist, ob Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden sollen. Die Einstellungsverfügung ist allen Stadtverordneten zur Verfügung gestellt wurden. Es ist zu klären, ob der Stadt ein Schaden entstanden ist. Hierbei muss beachtet werden, dass ein Schaden in Zahlen zu beziffern ist. Dies müsste der Rechtsanwalt, welcher vom Parlament beauftragt wurde, prüfen. Heute muss beschlossen werden, ob die Prüfung durch den Rechtsanwalt erfolgen soll.

Stadtverordneter Herr Dr. Schütz, Herr Globuschütz, Herr Hansmann, Herr Weigel und Herr Schaffer sprechen sich für eine Prüfung des Rechtsanwaltes aus und bitten im Nachgang die Erkenntnisse dem Parlament vorzulegen.

Stadtverordneter Herr Bausch teilt mit, dass es für ihn schwierig ist, eine Aussage zu treffen. Der größte Schaden, der seiner Meinung nach entstanden ist, ist dass der Ruf der Stadt Linden stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Er würde es befürworten einen Neustart für Linden anzustreben und die Akte zu schließen, da es geringe Aussicht auf Erfolg hat.

Stadtverordneter Herr Altenheimer teilt mit, dass dies schwierig zu beurteilen ist, da es bereits 4 Gutachten gegeben hat, die keine Erkenntnis gezeigt haben. Er wird sich bei der Abstimmung enthalten und teilt mit, dass er Stadtverordnetem Herrn Bausch zustimmt, dass der größte entstandene Schaden ist, dass der Ruf der Stadt Linden gelitten hat.

Stadtverordneter Herr Globuschütz formuliert den Beschlusstext, den Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann abstimmen lässt.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Rechtsanwalt Sollmann mit der Prüfung, ob die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegenüber Ex-Bürgermeister König erfolgversprechend ist, dies insbesondere in Ansehung der Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Gießen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen
SPD - 6
Grüne - 8
Freie Wähler - 2
FDP - 2
AfD - 1
Linke - 1

Nein-Stimmen
Keine.

Enthaltungen
CDU - 10
Freie Wähler - 1

Es ergeht mehrheitliche Annahme.

Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann teilt Stadtverordneter Herrn Schaffer mit, dass die Mitteilung der Beauftragung an RA Sollmann durch ihn erfolgen soll.

**Zu TOP 12 Antrag gem. § 12 GO DIE LINKE v. 21.02.2023 - Einwohnerfragestunde - Transparenz steigern, Einwohnerbeteiligung stärken FA/0076/21-26
Vorlage: FA/0076/21-26**

Stadtverordneter Herr Uludag bringt den Antrag ein und bittet um heutige Abstimmung. Außerdem soll dies bei der Änderung der Geschäftsordnung berücksichtigt werden.

Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann verweist den Antrag in den HFA-Ausschuss. Außerdem soll dies für die einzuarbeitenden Änderung der Geschäftsordnung mit aufgenommen werden.

**Zu TOP 13 Antrag gem. § 12 GO CDU-Linden v. 08.03.2023 - Pakt für mehr E-Ladesäulen in Linden FA/0077/21-26
Vorlage: FA/0077/21-26**

Stadtverordneter Herr Lodde bringt den Antrag ein und teilt mit, dass inhaltlich für den Beschlusstext eine Änderung erfolgen muss.

Ursprünglicher Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Linden initiiert ein Treffen/Arbeitskreis von Lindener Unternehmen, Restaurants, Hotels, Freizeiteinrichtungen Einzel-, Groß- und Fachhändlern, Ärzten, Apotheken und privaten Grundstücksbesitzern, um zu erörtern, in welcher Weise der Ausbau von E-Ladeinfrastruktur vorangetrieben werden kann.

Zu diesem Treffen sollen zudem mögliche Betreiber von E-Ladesäulen und der Netzbetreiber (OVAG) eingeladen werden, um technische Voraussetzungen zu klären. Ziel ist es neben der normalen Ladesäulen (bis zu 22 kW) auch Schnell-Ladesäulen mit einer Ladeleistung von 50 bis 200 kW oder sogar Turbo-Schnell-Ladesäulen auch bis zu 300 kW zu installieren.

Neuer Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Linden initiiert ein Treffen/Arbeitskreis von Lindener Unternehmen, Restaurants, Hotels, Freizeiteinrichtungen Einzel-, Groß- und Fachhändlern, Ärzten, Apotheken und privaten Grundstücksbesitzern, um zu erörtern, in welcher Weise der Ausbau von E-Ladeinfrastruktur vorangetrieben werden kann.

Zu diesem Treffen sollen zudem mögliche Betreiber von E-Ladesäulen und der Netzbetreiber (OVAG) eingeladen werden, um technische Voraussetzungen zu klären. Ziel ist es neben der normalen Ladesäulen (bis zu 22 kW) auch Schnell-Ladesäulen mit einer Ladeleistung von 50 bis 200 kW oder sogar Turbo-Schnell-Ladesäulen auch bis zu 300 kW zu installieren.

Stadtverordneter Herr Lodde schlägt vor, den Antrag in den BPU-Ausschuss zu verwiesen.

Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann verweist den Antrag in den BPU-Ausschuss

Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 21:39 Uhr. Er erinnert alle Stadtverordneten an den am Sonntag stattfindenden Marienmarkt.

.....
Vorsitzender Fabian Wedemann

.....
Protokollantin Anne Meerstein